

II-13735 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 667413

1994-05-25

## DRINGLICHE ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Haider, Böhacker, Apfelbeck, Meisinger, Hochsteiner  
an den Bundesminister für Finanzen  
betreffend drohendes Budgetchaos für 1995

Die Koalition hat für 1994 eine Senkung des Budget-Nettodefizits auf 2,5% des BIP versprochen. Dies würde einem Defizit von etwa 58,7 Milliarden Schilling entsprechen.

Entgegen diesem Versprechen wurde für das heurige Jahr ein Defizit von 80,7 Milliarden Schilling, d.h. 3,4% des BIP, veranschlagt, wobei davon ausgegangen werden kann, daß dieser Voranschlag nicht zu halten ist. Die tatsächliche Höhe wird jedenfalls erst nach den Nationalratswahlen feststehen.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang das in den letzten Jahren immer stärkere Auseinanderklaffen zwischen dem veranschlagten und dem tatsächlichen Defizit. Wurde 1992 ein Defizit von 64,12 Milliarden Schilling veranschlagt, so betrug es tatsächlich 66,3 Milliarden; 1993 wurden bei einem vorläufig errechneten Defizit von 98,2 Milliarden 63,29 Milliarden Schilling veranschlagt. Es ist daher zu befürchten, daß in Zukunft die Kluft weiter zunehmen wird.

Die öffentliche Verschuldung<sup>1</sup> pro Kopf der Bevölkerung betrug 1983 noch 73.200.- Schilling und stieg in Folge auf 139.800.- Schilling im Jahre 1991. In Prozent des BIP betrug die öffentliche Verschuldung 1983 46%, während sie 1991 bereits bei 57,1% lag.

1995 wird es jedenfalls eine weitere Verschärfung der Budgetsituation geben.

Das österreichische Budget wird nämlich durch die Tatsache belastet, daß Österreich bei einem EU-Beitritt zu den Nettozahlern gehören und daher 1995 mehr in die EU einzahlen wird als es an Rückflüssen zurückerhält. Dazu kommen eine Reihe von "innerösterreichischen" Ausgleichs- und Stützungszahlungen für die von einem EU-Beitritt negativ betroffenen Wirtschaftssektoren und Berufsgruppen in 2-stelliger Milliardenhöhe, wobei nicht geklärt ist, inwieweit die Länder diese Zahlungen mitfinanzieren.

Darüber hinaus wurde im Zuge der ÖBB-Reform klar, daß sich die finanzielle Situation durch die Ausgliederung eher verschlechtert als bessert, sodaß mittlerweile keineswegs mehr klar ist, ob mit den vorgesehenen Ausgaben von rund 47 Milliarden Schilling das Auslangen gefunden werden kann. Gleichzeitig ist die erforderliche Eigenkapitalausstattung bis heute nicht erfolgt, da diese allein einen ungeheuren Budgetschock auslösen würde: Minister Klima sprach im Vorjahr von

---

<sup>1</sup> Bund, Länder und Gemeinden

einem Bedarf von rund 40 Milliarden Schilling, nachdem Experten zuvor etwa das Dreifache errechnet hatten. Gegen Jahresende wurden dann 26 Milliarden Schilling gefordert. Geschehen ist jedoch nichts. Anstelle dessen überlegt man den offenen Bruch des ÖBB-Gesetzes, indem die Schulden des Absatzbereiches auf den Infrastrukturteil überwältzt werden sollen, was im §2(5) klar verboten ist: "Ein Transfer von Mitteln vom Bereich Infrastruktur in andere Bereiche ist unzulässig", womit logischerweise auch ein Transfer von Verbindlichkeiten in der umgekehrten Richtung untersagt ist.

Im Bereich der Post steht ein gewaltiger Einnahmefall für das Budget bevor, da die Plünderung dieses Staatsunternehmens auf Kosten der Telefonkunden nicht mehr fortgeführt werden kann, ohne dieses endgültig zu ruinieren; schon jetzt hat der Schuldenberg unglaubliche 86 Milliarden Schilling erreicht.

Auch ein Großteil der Fonds hat die Grenze der Belastbarkeit und der Zahlungsfähigkeit erreicht. So hat sich beispielsweise beim FLAF<sup>2</sup> der Anteil der sonstigen, d.h. der quasi "familienfremden" Leistungen von knapp 9% auf über 20% erhöht. Die Einführung des 2. Karenzjahres und die vermehrte Inanspruchnahme des erhöhten Karenzgeldes bewirkt eine Vergrößerung des Defizits bzw. auf kurz oder lang einen Zusammenbruch des FLAF.

Unfinanzierbar ist der Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds, der Ende 1994 rund 7 Milliarden Schilling Schulden bei jährlichen Beitragseinnahmen von rund 600 Millionen Schilling haben wird.

Unfinanzierbar ist bereits jetzt das Gesundheitssystem; die Spitalskosten steigen jährlich um 10 - 12%; gleichzeitig steigen die Einnahmen der Sozialversicherungsträger nur um 5 - 6%, die Spitalerhalter sind einer ständigen Mehrbelastung ausgesetzt. Ein Großteil der niederösterreichischen Gemeinden haben einstimmig Resolutionen beschlossen, in denen Sie auf die Unfinanzierbarkeit der Gemeindefinanzen, nicht zuletzt durch die Kosten des Gesundheitswesens, hinweisen.

Ungeklärt ist auch die Frage, wie die von der Familienministerin zum Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen angekündigte zusätzliche Kindergartenmilliarde finanziert werden soll.

Da folglich bereits 1995 eine Unfinanzierbarkeit des Budgets bzw. immensen Einsparungen oder massiven Steuererhöhungen drohen, stellen die unterzeichneten Abgeordneten daher an den Bundesminister für Finanzen folgende

## DRINGLICHE ANFRAGE

1. Wann wird die Regierungsvorlage zum Bundesfinanzgesetz 1995 dem Parlament vorgelegt werden?
2. Wie hoch schätzen Sie derzeit das Defizit 1994?

---

<sup>2</sup>FLAF = Familienlastenausgleichsfonds

3. Es geschieht immer wieder, daß Gelder, die sich bereits während der Budgetverhandlungen als notwendig herausstellen nicht im Budget aufscheinen und erst nachträglich als überplanmäßige Ausgaben etc. beschlossen werden; wie wollen Sie in Zukunft eine derartige Defizitverschleierung verhindern?
4. Ist geplant, im nächsten Jahr bzw. in den nächsten Jahren neue bzw. höhere Steuern und Abgaben einzuführen; wenn ja, welche, wenn nein, stellen für Sie die bereits angekündigte Einführung einer Autobahnmaut, die einen reinen Ersatz für den Wegfall der Schwerverkehrsabgabe in der EU darstellt, bzw. die Erhöhung der Mineralölsteuer auf Diesel bei einem Beitritt Österreichs zur EU keine Steuer- bzw. Abgabenerhöhung dar?
5. Inwieweit bedingt ein EU-Beitritt Österreichs eine Senkung der augenblicklichen Mehrwertsteuersätze bzw. welche Mindereinnahmen würde eine Senkung um 1%, 2%, 3%, 4% bzw. 5% mit sich bringen und wie soll ein derartiger Einnahmenausfall ausgeglichen werden?
6. Laut verschiedensten Prognosen bringt ein EU-Beitritt Österreich ein erhöhtes Wirtschaftswachstum. Wie hoch werden die daraus erwachsenden zusätzlichen Steuereinnahmen in den nächsten Jahren sein?
7. Wie hoch war die öffentliche Verschuldung pro Kopf der Bevölkerung in Österreich 1992 und 1993 und wie hoch schätzt man die Pro-Kopf-Verschuldung für 1994?
8. Wollen Sie die zusätzlichen Belastungen, die 1995 auf das Budget zukommen, durch Umschichtungen abfangen und wenn ja, in welchem Umfang sollen Umschichtungen durchgeführt werden bzw. welche Budgetansätze wollen Sie umschichten?
9. Wie hoch waren jeweils seit 1985 die Privatisierungserlöse, wie hoch schätzen bzw. erwarten Sie diese für 1994 und 1995?
10. Welche Einnahmen erhoffen Sie sich
  - a. aus dem Verkauf von CA-Aktien 1995 ?
  - b. aus dem Verkauf der ÖMV an arabische Interessenten?
11. Wann soll es zu einer endgültigen Klärung der Frage kommen, wie sich Bund und Länder exakt die EU-Beitrittskosten aufteilen bzw. wer welchen Anteil der Finanzierung übernimmt?
12. In der Landeshauptleutekonferenz am 16. März 1994 meinte LH Ratzénböck, über die Tragung der Lasten eines EU-Beitritts sollte man vorläufig nicht verhandeln, um nicht in den Gemeinden eine negative Stimmung aufkommen zu lassen. Wie stehen Sie zu dieser Aussage und in welchem Ausmaß werden die Gemeinden tatsächlich die Kosten eines EU-Beitritts zu tragen haben?
13. Wer bezahlt welchen Anteil an den 800 österreichischen EU-Beamten, die nach einem Beitritt Österreichs zur EU in Brüssel tätig sein werden?

14. Auf welche Höhe werden sich die Kosten für die österreichischen Sozialpartner-Vertreter im Wirtschafts- und Sozialausschuß belaufen und wer übernimmt in welchem Ausmaß diese Kosten?
15. Wird es nach Ende der Übergangsbestimmungen bedingt durch die unechte Mehrwertsteuerbefreiung Ausgleichszahlungen für die Ärzte geben und wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Mitteln werden diese finanziert bzw. wird es auch Ausgleichszahlungen für die von der unechten Mehrwertsteuerbefreiung ebenfalls betroffenen Länder kommen?
16. Wie wird sich das Auslaufen der Übergangsregelung auf die Höhen der Mieten auswirken, d.h. wird es in Zukunft einen erhöhten Steuersatz auf Mieten geben und wird ein solcher höherer Steuersatz eine Mieterhöhung nach sich ziehen?
17. Wie weit ist nach ihrem Kenntnisstand die Eröffnungsbilanz der ÖBB gediehen: stimmt es insbesondere, daß Sie den ÖBB Einsparungsaufgaben gemacht haben, wenn ja, welche genau?
18. Stimmt es insbesondere, daß im Zuge dieser von Ihnen von den ÖBB geforderten zusätzlichen Einsparungen die mit 16 Milliarden Schilling vorgesehenen Investitionen gekürzt und der Personalstand in der nächsten Zeit um rund 6000 Mann verringert werden soll?
19. Wurde bereits eine Einigung über die Bewertung des Anlagevermögens der ÖBB erzielt, wenn ja, wie hoch ist dieses anzusetzen, wenn nein, warum nicht?
20. Wieviel Eigenkapital ist nach Ansicht der ÖBB bzw. des Verkehrsministers erforderlich?
21. In welchem Umfang und welchem Zeitraum werden die ÖBB Mittel erhalten, sodaß diese mit entsprechendem Eigenkapital erfolgreich wirtschaften kann und um die "Verschuldung soweit zu verringern, sodaß eine Geschäftsführung auf gesunder finanzieller Basis möglich ist", wie dies in der Richtlinie 91/440/EWG Art. 9(1) vorgeschrieben ist?
22. Wie beabsichtigen Sie das Problem der notwendigen Entschuldung des ÖBB-Absatzbereiches (Eurofima, Fahrparkratenkäufe,..) zu lösen?
23. Erscheint es ihnen insbesondere möglich, so, wie vom Verkehrsminister geplant, diese Verbindlichkeiten zum Absatzbereich zu transferieren, obwohl dies klar dem Quersubventionierungsverbot in §2(5) ÖBB-Gesetz bzw. Art.(1) der Richtlinie 91/440/EWG widerspricht?
24. Besteht bereits eine Bedarfsanmeldung des Verkehrsministers für den Bereich ÖBB für 1995 und wenn ja, in welcher Höhe bewegen sich diese (Pensionen, Infrastruktur, Kapital, gemeinwirtschaftliche Leistungen), wenn nein, in welcher Höhe erwarten sie diesen Bedarf, nachdem dieser für 1994 mit rund 31 Mrd. + 13 Mrd. S Kreditrahmen für Investitionen wieder erheblich angestiegen ist?
25. Werden die ÖBB nach derzeitigem Stand mit den budgetierten Mitteln 1994 das Auslangen finden, wenn nein, können Sie ausschließen, daß wieder, so wie im vergangenen Jahr, ASFINAG (Bauinvestitions!) Mittel zur Verlustabdeckung der ÖBB herangezogen werden?

26. Spätestens 1997 wird das Monopol der Post bei den sogenannten "reservierten Diensten" im Fernmeldebereich fallen und sie wird sich daher in tariflicher Hinsicht der privaten Konkurrenz stellen müssen. Ist Ihnen in diesem Zusammenhang bewußt, daß dies unweigerlich den Ruin der Post bedeuten wird, wenn Sie nicht auf die Abschöpfung der Telefoneinnahmen im Sinne des Fernmeldeinvestitionsgesetzes verzichten?
27. Haben Sie in diesem Zusammenhang bereits eine Einigung mit dem Verkehrsminister über eine Ausgliederung der Post aus dem Bundesbudget erzielt?
- Wenn nein, warum nicht?
  - Wenn ja, wann wird diese dem Parlament vorgelegt und wie sieht diese hinsichtlich einer Verselbständigung des Telecom-Bereichs einerseits und einer Geldabfuhr an das Bundesbudget andererseits aus?
28. Ist es richtig, daß sich der Fremdkapitalanteil der Post in den letzten 20 Jahren mehr als vervierfacht (z.B.: 1976: 13,3; 1991: 54,8) hat und die Post nunmehr, weil sie ihre Investitionen aufgrund des FMIG fremdfinanzieren muß, einen Schuldenstand von über 86 Mrd. Schilling aufgehäuft hat, obwohl sie jahrelang – aufgrund der extrem hohen Telefentarife satte Gewinne gemacht hat; wenn ja, halten Sie es für verantwortbar, ein wichtiges Infrastrukturunternehmen zwecks Budgetsanierung in den Ruin zu treiben?
29. Ist es richtig, daß Sie im Ministerrat Anträge des Verkehrsministers, den FMIG-Zweckbindungsschlüssel wieder – so wie in der Zeit der FP-Regierungsbeteiligung – zu erhöhen, strikt abgelehnt haben, obwohl dieser auf die ernste finanzielle Situation der Post hinwies?
30. Welche Vorgangsweise planen Sie in diesem Bereich für 1995, zumal heuer das FMIG ausläuft, was in der Praxis eine Senkung der Zweckbindungsrate auf Null bedeutet und damit die Post um weitere rund 10 Mrd. Schilling an Einnahmen berauben würde?
31. Wie wird sich die im Fall eines EU-Beitritts erforderliche Einhebung der Umsatzsteuer auf die bestehende Tarifstruktur auswirken?
32. Sind Sie insbesondere bereit, durch eine entsprechende Senkung der Postzahlungen an das Budget die Differenz auszugleichen, sodaß für den Konsumenten keine Verteuerung stattfinden muß?
33. Wie will man in Zukunft den FLAF finanzieren oder sicherstellen, daß er den familienpolitischen Grundsätzen, wie im FLAG geregelt, gerecht wird bzw. welche Ausgaben wird der FLAF 1995 wofür tätigen und mit welchen Mitteln soll er gespeist werden?
34. Wie will man in Zukunft den Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds finanzieren und welche Belastungen für die Arbeitgeber sind damit verbunden?
35. Inwieweit drängen Sie auf eine Reform des Gesundheitswesens, damit die Finanzierung langfristig gesichert ist, ohne daß es zu einer Explosion der Budgetausgaben kommt bzw. gibt

es bereits konkrete Vorschläge zu einer Reform des Gesundheitswesens und wenn ja, welchen Inhalt haben sie?

36. Inwieweit will man die explodierenden Kosten des Gesundheitswesens mit einer Straffung der Organisation – Vereinfachung der Bürokratie etc. – in den Griff bekommen und ab wann soll dies verwirklicht werden?
37. Welchen Betrag werden Sie konkret zum Ausbau zusätzlicher Kinderbetreuungseinrichtungen für 1995 vorsehen und inwieweit wird ein Teil dieses Betrages für die Betreuung durch Tagesmütter zweckgebunden?

In formeller Hinsicht wird verlangt, diese Anfrage im Sinne der Bestimmungen des § 93 GOG des Nationalrates dringlich vor Eingang in die Tagesordnung zum frühest möglichen Zeitpunkt zu behandeln und dem Erstunterzeichneten Gelegenheit zur Begründung zu geben.

Wien, den 25. Mai 1994